

Ferdinand  
Knauß

# MERKEL AM ENDE

---

Warum die Methode  
Angela Merkels nicht mehr  
in unsere Zeit passt

FBV

© des Titels »Merkel am Ende« von Ferdinand Knauß (ISBN 978-3-95972-148-6)  
2019 by FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München  
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

# VORBEMERKUNG

Im Frühsommer 2018 sagten die meisten, denen ich erzählte, dass ich dieses Buch schreibe: Da musst du dich aber beeilen! Mit Merkels Kanzlerschaft sei es schließlich sehr bald vorbei. Manche sagten es eher besorgt, andere mit erkennbarer Vorfreude. Es gab durchaus guten Grund für diese Erwartung: Einige Tage lang schien es so, als hätte Horst Seehofer mit dem »Masterplan Migration« nicht nur in seiner CSU, sondern auch unter den CDU-Bundestagsabgeordneten eine Mehrheit gegen die Kanzlerin erzeugt.

Daraus wurde bekanntlich nichts. Wie Napoleon im Frühjahr 1814 in einer strategisch ausweglosen Lage noch einmal sein ganzes Können als Feldherr zeigte und die unvermeidbare Niederlage hinauszögerte, bewies Merkel in der Endphase ihrer Kanzlerschaft noch einmal, was sie als Taktikerin draufhat. Von einem sachlichen Streit über ihre absurde Einwanderungspolitik, der ihren Rückhalt in der CDU gefährdete, lenkte sie durch ein raffiniertes Täuschungsmanöver ab. Schnell sprach man in der Union und in der Presse nicht mehr über sie und ihre schwache Position, sondern über den Störenfried Seehofer und seine Spießgesellen, die vermeintlich den Bruch der Fraktionsgemeinschaft von CSU und CDU heraufbeschworen.

Dieser späte Abwehrsieg ändert nichts daran, dass die Kanzlerschaft Merkels sich dem Ende zuneigt. Er konnte auch nicht verhindern, dass einige Wochen später, am

25. September 2018, ihr treuster Paladin Volker Kauder als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgewählt wurde. Eine »Stunde der Demokratie« nannte Angela Merkel dieses Ereignis, das ihre bislang größte persönliche Niederlage als Kanzlerin und CDU-Vorsitzende bedeutete. Sie legte damit selbst den Schluss nahe, dass es bislang in dieser Fraktion durchaus nicht immer und unbedingt demokratisch zugegangen ist.

Merkels Abschied aus dem Kanzleramt ist eine zähe Angelegenheit. Dafür sorgen, wie ich im ersten Kapitel zeige, nicht nur ihre taktische Meisterschaft, sondern vor allem die Folgsamkeit der CDU-Abgeordneten und die Trägheit der CDU-Basis.

In diesem Buch stelle ich nicht die Frage nach Merkels persönlichem Schicksal, sondern nach der Bedeutung ihrer langen Regierungszeit für ihre Partei und vor allem für unser Land. Was für eine Partei ist das, die sich so lange von dieser Frau führen lässt? Was für eine Gesellschaft ist das, die sich so lange von ihr regieren lässt? Welchen Anteil haben ihre aktuelle sowie ihre früheren Regierungen an den gegenwärtigen, krisenhaften Zuständen in Deutschland? Und schließlich mache ich deutlich, dass es mit dieser Regierung oder einer ihr nacheifernden nicht mehr lange gutgehen kann, weil sie für die Aufgabe nicht gerüstet ist, die vor der deutschen Politik liegt.

»Die Person Merkel ist völlig unwichtig. Ihre falsche Politik ist wichtig«, sagte mir kürzlich ein CDU-Spitzenpolitiker. Ich denke, er hat recht. Wer hier Nahrung sucht für seine Aversion gegen den Menschen Angela Merkel, den muss ich leider enttäuschen. Sie ist vermutlich nicht böartiger, als es jeder andere Mensch auch würde durch so viele Jahre an der Macht. Ich habe in vielen Gesprächen mit ihren schärfsten

Kritikern in der CDU kaum ein abschätziges persönliches Wort gehört. Im Gegenteil: »Frau Merkel ist im persönlichen Umgang sehr sympathisch«, sagte mir die Düsseldorfer CDU-Abgeordnete Sylvia Pantel. »Sie hat ein unglaubliches Gedächtnis, ist fleißig, vor allem ist sie nicht eitel. Ich schätze und mag vieles an ihr. Darum finde ich es eigentlich schade, dass ich jetzt so enttäuscht bin. Ich wäre eigentlich viel lieber eine flammende Anhängerin von ihr.«

Wenn ich sage, dass Merkel am Ende ist, meine ich damit eben nicht nur, dass Angela Merkel demnächst freiwillig oder notgedrungen als Bundeskanzlerin und Parteichefin abtreten wird. Viel wichtiger: Die Methode Merkel, der Merkelismus, ist am Ende. Was ich darunter verstehe, wird im zweiten Kapitel in einem Rückblick auf ihre bisherige Regierungszeit deutlich: Es ist der Ausverkauf von politischem Kapital, also von Werten und Positionen ihrer Partei und Interessen des Landes und der Bürger, für die die Regierenden Verantwortung tragen. Oder besser: eigentlich tragen sollten. Merkel und die mit ihr Regierenden gaben auf, was sie eigentlich bewahren und schützen sollten – im Interesse des eigenen Machterhalts.

Merkel, so meine zentrale These, hat perfektioniert, was nach 1990 fast alle westlichen Staaten prägte: unpolitische Politik. Es gibt in ihrer Laufbahn kein konstantes Ziel, nichts, wofür sie steht. Jedenfalls nichts, von dem sie zuvor nicht das Gegenteil zu wollen behauptete, und nichts, was ihr wichtiger gewesen wäre als der Gewinn oder Erhalt ihrer Machtposition. Ihre wichtigsten Entscheidungen – Energiewende und Grenzöffnung – fällt sie im Widerspruch zu vorher (vermeintlich) vertretenen Positionen aus machttaktischem Kalkül. Mein Verdacht ist: Merkel interessiert sich für Macht, aber nicht wirklich für Politik. Ihr ist fremd, was

die Politologin Chantal Mouffe als Essenz des Politischen bezeichnet: leidenschaftliche Parteilichkeit.

Ich halte also nichts von der unter ihren Kritikern verbreiteten Vorstellung, Merkel verfolge irgendeine finstere Agenda als »Krypto-Sozialistin« oder »Honeckers späte Rache«. Wenn sie heute, nach 13 Jahren Kanzlerschaft und 18 Jahren Parteivorsitz als stur und unwillig zur Umkehr aus Sackgassen erscheint, dann ist das nicht durch eine vermeintliche ideologische Verbohrtheit zu erklären. Sondern vielmehr dadurch, dass sie erstens wie die meisten Machtmenschen Eingeständnisse von Fehlern für Schwächesignale hält und sie zweitens weiß, dass zwar ein Saulus zum Paulus werden, sich aber nicht wieder zum Saulus zurückverwandeln kann.

Wer wenig Zeit zum Lesen hat und direkt zu meinen zentralen Thesen gelangen möchte, kann die ersten beiden Kapitel überfliegen und die Lektüre weitgehend auf das dritte und vierte Kapitel beschränken. Im dritten Kapitel analysiere ich, warum merkelsche, also unpolitische Politik so lange derart erfolgreich sein konnte. Die Antwort liegt im Traum der westlichen Gesellschaften, vor allem der Deutschen, vom *Ende der Geschichte*. In ihm verschmelzen Gegenwart und Zukunft zu einem Amalgam – und das Politische wird scheinbar überflüssig. Merkel war die passende Kanzlerin für ein müdes Land, das sich dieser Sehnsucht gerne hingab und nichts mehr von politischen Problemen wissen wollte.

Doch der Traum vom *Ende der Geschichte* ist ausgeträumt. In der Welt, in Europa und auch innerhalb Deutschlands sind fundamentale Gegensätze und damit politische Konflikte herangewachsen, die ein fortgesetztes Dahindämmern nicht zulassen. Wie ich im abschließenden vierten Kapitel zeige, entwertet der Anpassungsschock an die neue Wirklichkeit, den die Deutschen verspätet erleiden, die merkel-

## Vorbemerkung

schen, unpolitischen Politikangebote. Was die Bürger in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts vom Staat erwarten, ist: Schutz ihrer Interessen. Den hat der Merkelismus nicht zu bieten.

Die Zukunft gehört Politikern, die leidenschaftlich parteilich sind.

Düsseldorf, im Oktober 2018

## KAPITEL 1

# DIE FESSELN MERKELSCHER MACHT

*»Kein Abschied auf der Welt fällt schwerer  
als der Abschied von der Macht.«*

Charles Maurice de Talleyrand (1754–1838),  
französischer Bischof, Staatsmann und Außenminister

### November 2017 – Einer tanzt aus der Reihe

Der Beschluss eines Kreisvorstands der Jungen Union (JU) sorgt selten für überregionale Nachrichten. Doch der JU in Düsseldorf war das am 22. November 2017, zwei Monate nach der Bundestagswahl, gelungen. Die meisten maßgeblichen deutschen Medien berichteten über diesen Beschluss, außerdem Zeitungen in Österreich, der Schweiz, Großbritannien, Frankreich, der Türkei und sogar in den USA.

Die Pressemitteilung der jungen Nachwuchs-Christdemokraten hatte es aber auch in sich: »Auf der heutigen Kreisvorstandssitzung der JU Düsseldorf ging der Kreisvorstand hart mit der Kanzlerin ins Gericht. Merkel habe man das schlechteste Wahlergebnis seit 1949 zu verdanken. Auch die Jamaika-Sondierungsgespräche zeigten, dass der Kanzlerin per-

sönlicher Machterhalt wichtiger scheint als die inhaltlichen Positionen der CDU. Daher fordert die JU Düsseldorf den sofortigen Rücktritt der Kanzlerin vom CDU-Parteivorsitz und spricht sich im Falle von Neuwahlen gegen eine erneute Kandidatur Merkels als Spitzenkandidatin aus. Die Junge Union möchte mit diesem Beschluss dem Niedergang der stolzen Volkspartei CDU entgegenwirken.«<sup>1</sup> Ulrich Wensel, der Kreisvorsitzende der Düsseldorfer JU, ging am Tag darauf in einem Interview mit der *Welt* noch weiter. Er sprach von einem »Demokratiedefizit« und »Kadavergehorsam« in der CDU, wünschte sich »mehr Aufmüpfigkeit« und einen »Basisaufstand«.<sup>2</sup>

Rücktrittsforderungen sind für Regierungschefs normalerweise kein besonderer Anlass zur Sorge, sofern sie von der Opposition kommen. Gefährlich wird es für sie erst, wenn die eigenen Leute sie nicht mehr wollen. Für durch Wahlniederlagen geschwächte Parteivorsitzende und Regierungschefs sind solche Rücktrittsforderungen oft gefährlich. Sie können wie ein Eisbrecher wirken. Wenn sich einer getraut hat, die Führung direkt infrage zu stellen, sinken in jeder Organisation die Hemmnisse für andere, dies auch zu tun.

Die vielen Nachrichtenredaktionen, die Wensels Pressemitteilung begierig aufnahmen, hatten vermutlich genau das im Hinterkopf: Keimte hier vielleicht gerade ein innerparteilicher Aufstand gegen Merkel?

Nach dem Ausstieg von Christian Lindners FDP aus den Verhandlungen zu einer Jamaika-Koalition hatten viele Beobachter den Eindruck, dass Merkel die Zügel der Macht aus den Händen glitten. »Das Ende der Ära Merkel«<sup>3</sup> – so ein Kommentar von Eric Gujer, Chefredakteur der *Neuen Zürcher Zeitung* – schien unmittelbar bevorzustehen. Auch ich selbst schrieb damals: »Der Anfang von Merkels Ende ist da.«<sup>4</sup>

Nach dem schwachen Abschneiden der Union bei der Bundestagswahl vom 24. September 2017 – dem schlechtesten Ergebnis seit 1949 – war das Jamaika-Aus schon die zweite Niederlage für Merkel innerhalb relativ kurzer Zeit. Sie hatte, wie überall zu lesen war, in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Jamaika-Koalition gesagt: »Ich will das.« Und nun hatte sie ihren Willen nicht bekommen. Seit Jahren schon war die Perspektive eines Bündnisses von Union und Grünen das Lieblingsthema des Berliner Politikbetriebs gewesen. Merkel wollte verwirklichen, was schon zu Kohls Zeiten die *Pizza-Connection* zwischen damals jungen Politikern von CDU (darunter mit Peter Altmaier und Armin Laschet zwei von Merkels engsten Gefolgsleuten) und Grünen angebahnt hatte. Nicht nur Ulrich Wensel hatte während der Koalitionsverhandlungen den Eindruck gewonnen, dass die FDP, der traditionelle Koalitionspartner der Union, dabei eher als notwendiges Übel angesehen wurde, das man in Kauf nehmen müsse, um endlich mit den Grünen regieren zu können.

FDP-Chef Christian Lindner beendete seine Erklärung zum Abbruch der Verhandlungen mit dem Satz: »Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.« Ein Satz, der sicher vor allem als Grundsatzkritik an einer Kanzlerin gemeint war, die während der Verhandlungen mit den Grünen kaum auf eigene Positionen gepocht hatte und deren Maxime zu sein scheint: Es ist wurscht, ob man falsch regiert, solange man nur regiert.

Eigentlich bietet solch eine Niederlage einer Partei- und Regierungschefin die beste Gelegenheit für parteiinterne Kritik, vielleicht sogar für Versuche, sie zu stürzen. Aber dazu gehören Parteimitglieder, Parlamentarier vor allem, die es wagen, ihr die Gefolgschaft aufzukündigen und eine

neue Mehrheit zu organisieren, zunächst nur verdeckt, aber irgendwann muss das natürlich auch offen geschehen. Bekanntlich ist das nicht passiert. Der Aufstand blieb aus. Ein Versuch war schon zwei Jahre zuvor im Anfangsstadium gescheitert, als es mindestens ebenso viel Anlass dazu gab. Eine gefährlichere Situation für Merkel – wir werden gleich darauf zu sprechen kommen – entstand dann im Sommer 2018, als die Perspektivlosigkeit ihrer Politik immer offensichtlicher wurde. Aber auch diesmal erwiesen sich ihre Gegner in der CDU als letztlich handzahn und der Kanzlerin taktisch nicht gewachsen.

Das heißt nicht, dass Merkel und ihr System der Macht nicht in absehbarer Zeit Vergangenheit sein werden. Denn dieses Deutschland, das ihren Aufstieg ins Kanzleramt ermöglichte (siehe drittes Kapitel), verändert sich auch durch ihr eigenes Zutun in ein Land, das immer weniger Bedarf an merkelschen Angeboten hat (siehe viertes Kapitel). Aber das Ende wird ein langes, mühseliges gewesen sein. Denn Merkel ist außergewöhnlich zäh und raffiniert in ihrem Willen zum Machterhalt, und diejenigen, die ihr die Macht eigentlich jederzeit nehmen könnten, die Bundestagsabgeordneten der Unionsfraktion, sind außergewöhnlich zahm.

Die Ereignisse, die in diesem Kapitel thematisiert werden, machen klar: Die späten Merkel-Jahre seit 2015 werden als Zeit der Lethargokratie der CDU in die Geschichte eingehen. Als Zeit des Hinausschiebens einer notwendigen personellen Erneuerung und programmatischen Kehrtwende. Trotz der immer deutlicher werdenden Schwächung Merkels, die selbst in der ihr wohlgesonnenen Presse wahrgenommen wird; trotz des unübersehbaren Scheiterns auf den zentralen sachpolitischen Themenfeldern der Zeit – von der Energiewende bis zur Flüchtlingspolitik; und trotz der auch auf

dieses Scheitern zurückzuführenden Zuspitzung einer allgemeinen Krisenwahrnehmung in der deutschen Gesellschaft fehlten der Wille und die Vitalität in der CDU, ihre Chefin zu ersetzen. Vor allem gilt das für die Kaste der Berufspolitiker, der Mandats- und Funktionsträger, die an Merkel und ihrem System geradezu klebt. Auch solche unter ihnen, die Merkels Linie kritisch bis radikal ablehnend gegenüberstehen (das sind nicht wenige), antworteten auf die Frage, warum sie die Frau immer noch gewähren lassen, oft mit der beschämenden Gegenfrage: Aber wer soll es denn sonst machen? Dieses Empfinden der CDU-Kader – nur »Mutti« kann es – war wohl Merkels ergiebigste Machtquelle.

Dazu kommt der Fetisch des Zusammenhalts. Gerade weil die CDU nicht eine, sondern verschiedene Wurzeln hat,<sup>5</sup> gilt Loyalität zu einer starken Führung in der CDU als ewige Erfolgsgarantie. Man nannte sie schon zu Konrad Adenauers Zeiten einen Kanzlerwahlverein.

Von Anfang an empfand die CDU das Regieren als ihre ureigene Zuständigkeit. Als Union, also Bündnis wichtiger politischer Kräfte – christlich-sozialer, wirtschaftsliberaler und nationalkonservativer – und damit Volkspartei, war sie dazu prädestiniert. Ihre Vorsitzenden, die meist auch Kanzler waren, sicherten sich die Loyalität der CDU-Abgeordneten durch das Versprechen der Teilhabe an der Macht. CDU-Politiker sein, heißt unbedingt regieren wollen. Dieser Anspruch, personifiziert durch einen starken Kanzler, ist der eigentliche innere Klebstoff der Partei. Er hält sie zusammen. Zu ihren großen Zeiten machte er sie zu einer heilsamen Kraft der Stabilität in Deutschland.

Sylvia Pantel, direkt gewählte Bundestagsabgeordnete der CDU für Düsseldorf-Süd sagte im Gespräch mit mir: »Wir sind ein ganz großes, schweres Schiff, welches gerne Kurs

hält. Wir sind sehr führungstreu. Wir stürzen unsere Vorsitzende nicht. In der CDU macht man sich unbeliebt, wenn man öfter aus der Reihe tanzt.«<sup>6</sup>

Ulrich Wensel hat nach seiner Rücktrittsforderung gegen Merkel erfahren, was es bedeutet, in der CDU aus der Reihe zu tanzen. Zunächst war da die große Aufmerksamkeit. Sie belegte, dass die Düsseldorfer JU-ler auch in der CDU keinesfalls die Einzigen sind, die Merkel und ihre Politik ablehnen. »In den Tagen danach stand mein Telefon nicht still«, erzählte mir Wensel ein halbes Jahr später, als ich ihn in einer Kneipe in Düsseldorf traf. »Ich habe Tausende von Zuschriften aus ganz Deutschland und auch Österreich bekommen. Da war kaum Negatives dabei. Die Leute sagten: Weiter so. Mich riefen Leute an, die mich lobten, auch ranghohe aus der CDU. Aber die wollen nicht namentlich genannt werden. Relativ bald kamen dann Unterstellungen. Sprachnachrichten von mir sind an die Presse gespielt worden, in denen ich alkoholisiert bin. Man versuchte dann das Bild von einer JU-Trinkertruppe zu malen. Mir wurde unterstellt, ich würde Stimmen kaufen und andere massiv unter Druck setzen. Man wollte mich also persönlich diskreditieren. Das ging wochenlang durch die Lokalpresse. Das durchzustehen, hat schon viele Nerven gekostet.« Und Wensel ist sich sicher: »Das kommt von Leuten, denen die Rücktrittsforderung nicht gepasst hat. Und die auch nicht möchten, dass ich weiterhin in der CDU an Profil gewinne. Die Hoffnung war, mich ganz aus dem Rennen zu werfen. Das ist nicht gelungen. Aber mein Ruf ist beschädigt worden.«<sup>7</sup>

Wensel will trotzdem unbedingt weitermachen, denn: »Vielleicht dreht sich der Wind ja noch mal.« Vielleicht wird man von ihm irgendwann in einer CDU nach Merkel dann noch hören. Vielleicht wird der rebellische Beschluss seines

Kreisverbands im Nachhinein dann als kleines Heldenstück in die Parteigeschichte eingehen: zu früh, zu wenige, auf aussichtslosem Posten. Aber da waren ein paar junge Leute, die Mut hatten, zu ihren Überzeugungen standen, persönliche Nachteile dafür in Kauf nahmen.

## September 2015 – Farce eines Aufstands

Weniger heldenhaft verlief zwei Jahre zuvor der erste Versuch eines Aufstands oder zumindest einer wahrnehmbaren, koordinierten Opposition gegen Angela Merkel in der Unionsfraktion des Bundestags. Sein jämmerlicher Ausgang dürfte für viele Merkel-kritische Berufspolitiker der Union bis heute demotivierend wirken.

Der Anlass dazu war die Flüchtlingskrise im Spätsommer 2015. Die Entscheidung, die in Budapest nicht willkommenen Migranten aus Syrien nach Deutschland einreisen zu lassen, fiel am letzten Wochenende der parlamentarischen Sommerpause. »In der ersten Sitzungswoche gab es noch die Sprachregel der ›Ausnahmesituation‹«, erzählt Philipp Lengsfeld, damals Mitglied der CDU-Fraktion. »Die eigentliche Entscheidung zur Nichtgrenzschließung fiel am Wochenende dieser ersten Sitzungswoche im Herbst, die dann folgende Woche war eine Wahlkreiswoche, und als wir schließlich zur nächsten Fraktionssitzung zusammenkamen, waren die Weichen gestellt beziehungsweise die Fakten geschaffen. Die Bundestagsabgeordneten der Union waren an beiden Entscheidungen letztlich überhaupt nicht beteiligt.«<sup>8</sup>

Das heißt nicht, dass es keine Diskussionen in der Fraktion gegeben hätte. »Es ist nicht so, dass wir alles nur abge-

nickt hätten«, sagt Lengsfeld. »Dass die Zurückweisung, also eine harte Linie an der Grenze, möglich ist, haben auch Abgeordnete deutlich gesagt. Als die Kanzlerin in der Fraktion rhetorisch fragte: ›Sagt mir doch, wie das gehen soll, Grenze schließen, das geht doch gar nicht‹, gab es klare Gegenreaktionen aus den Reihen der Fraktion. Die Rechtslage wurde von Innenexperten deutlich gemacht. Wir wussten auch, dass die Bundespolizei der Regierung klargemacht hatte, dass es möglich ist, die deutsche Grenze zu schließen, und man eigentlich nur auf den Einsatzbefehl wartete.«

Eigentlich sollte man meinen, dass jede Regierung in einer derart dramatischen Lage und angesichts der Tragweite und des Konfliktpotenzials solcher Entscheidungen für das Land sich des Rückhalts im Parlament versichern muss. Aber: »Die Führungsspitze und sicherlich auch die Kanzlerin wollten keine Abstimmung über das Thema«, sagt Lengsfeld.

In dieser Lage taten sich einige Abgeordnete der Union, die teilweise dem konservativen *Berliner Kreis* angehören, zusammen. Lengsfeld war dabei. »Es gab eine Initiative für einen Antrag an die Fraktion, die Grenze zu schließen, also die Zurückweisungen anzuordnen. Ich habe an dem Entwurf mitgearbeitet. Daraus hätte eine parlamentarische Initiative werden können.« Hätte. Wenn einige der beteiligten Abgeordneten nicht der Mut – oder was auch immer – verlassen hätte.

»Diese Initiative wurde massiv torpediert, unter anderem durch verfrühtes Durchstechen an die Presse. Und plötzlich hieß es dann, ich weiß nicht genau, wo dies startete, dass wir keinen Antrag machen, sondern einen Brief an die Kanzlerin schreiben. Ich fand das völlig falsch. Als Abgeordneter stimmt man ab und schreibt keine Briefe an die Kanzlerin, vor allem nicht in einer Krisensituation. Ich habe mich da

auch sofort ausgeklinkt.« War es einfach taktische Unklugheit? Feigheit vor der offenen Konfrontation mit der Kanzlerin und Parteichefin? Oder war vielleicht ein Maulwurf der Kanzlerin unter den Initiatoren? Alles möglich.

Lengsfeld jedenfalls ist heute überzeugt: »Wir hätten eine Abstimmung sicherlich nicht gewonnen. Aber die Angst vor der Diskussion und vor allem vor der offenen Abstimmung war offenkundig. Eigentlich war unsere Antragsinitiative genau richtig und hätte die Regierung in Erklärungsnöte gebracht.« Der Brief an Merkel dagegen bewirkte eine Welle der Loyalitätsbekundungen zur Chefin. »Es gab dann plötzlich Rundmails in der Fraktion mit dem knalligen Titel ›Ich unterschreibe nicht‹«, erinnert sich Lengsfeld.

Da Merkel und ihre Anhänger nicht über die Grenzentscheidung abstimmen wollten und die Kritiker in der CDU/CSU-Fraktion keinen Antrag stellten, wurde auch nie darüber abgestimmt. Die Abgeordneten des Koalitionspartners SPD und die der oppositionellen Grünen und Linken widersprachen der CDU-Kanzlerin ohnehin nicht. Denn Merkel erfüllte schließlich ihre eigenen Forderungen nach mehr Offenheit für Einwanderung. Merkel hatte damit ihre Taktik, der politischen Konkurrenz die Themen zu nehmen, auf die Spitze getrieben. So verfestigte sich in der Öffentlichkeit der Eindruck eines völligen Konsenses und einer Kanzlerin, die quasi über den Parteien schwebend das tut, was alternativlos getan werden muss. Im Nachhinein muss man feststellen: Das war verheerend für die politische Stabilität und den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland, weil damit das wachsende Unbehagen und die Kritik an der Willkommenspolitik keine parlamentarische Stimme fanden, wodurch der Anspruch der AfD, die einzige Alternative zu sein, scheinbar bestätigt wurde.